



Die USA lobbyieren gegen die digitale Souveränität der Schweiz

Ein Schlagabtausch auf Linkedin war nur die Spitze des Eisbergs: Amerikanische Handelsvertreter und Tech-Konzerne bearbeiten Schweizer Behörden, um sie vom Kurs der digitalen Unabhängigkeit abzubringen.

Von [Adrienne Fichter](#) (Text) und Illustration (Lisa Rock), 26.01.2026

Kurz vor Weihnachten 2025 kam es auf Linkedin zu einem bemerkenswerten Schlagabtausch.

Der IT-Leiter des Zürcher Obergerichts, Pascal Bachmann, [verkündete auf der Business-Plattform](#), dass die Zürcher Zivil- und Strafgerichte dem neuen Netzwerk «Souveräne Digitale Schweiz» beitreten. Das Netzwerk fördert unter anderem den fachlichen Austausch zur Frage, wie man von Angeboten der amerikanischen Big-Tech-Konzerne unabhängig wird. Organisiert wird der informelle Verbund vom Institut Public Sector Transformation der Berner Fachhochschule. Doch es bleibt nicht nur beim Austausch: Das Netzwerk arbeitet bereits mit einer Alternative zu Microsoft und Co. – mit Open Desk aus Deutschland. Das ist eine IT-Infrastruktur, [die von acht Firmen entwickelt und betrieben wird](#).

Matthias Stürmer, der umtriebige Initiator und Professor der Berner Fachhochschule, gewinnt immer mehr Behörden für das Netzwerk. So sind die Kantone Bern und Aargau Teil der neuen Bewegung für mehr digitale Souveränität, die Gerichte von Basel-Stadt und Zürich und das Informatik Service Center des Eidgenössischen Justizdepartments ebenso.

Diese Entwicklung erstaunt nicht in Anbetracht der geopolitischen Grosswetterlage: Die Gefahr, dass die USA Europa erpressen, ist enorm hoch. Bereits im letzten Jahr haben sie Sanktionen gegen sechs Richter und drei Anklägerinnen des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag erlassen, die deswegen keinen Zugriff mehr auf digitale Dienste wie Amazon oder Kreditkarten wie Mastercard haben. Auch in der Schweiz ist die Vormachtstellung von Microsoft und Co. noch immer ausgeprägt, etwa in der öffentlichen Verwaltung oder in der Energie- und Finanzwirtschaft.

Es ist deshalb nachvollziehbar, wie Pascal Bachmann vom Zürcher Obergericht auf Linkedin den Beitritt zum Netzwerk «Souveräne Digitale Schweiz» begründete: «Wir müssen reagieren können, wenn neue Vorgaben der Anbieter finanziell oder rechtlich nicht mehr tragbar sind.» Er nannte zwar keine Namen, doch der Elefant im Raum war klar: Er meinte damit unter anderem den IT-Riesen Microsoft, der immer wieder die Lizenzpreise erhöht (was soeben eine neue Untersuchung der Wettbewerbskommission ausgelöst hat) und seine Geschäftskunden dazu zwingt, alle Daten in die Cloud des US-Konzerns zu migrieren.

«Wir müssen für die Sicherheit unserer Daten sorgen», sagt Bachmann auf Anfrage der Republik. «Und wenn diese Daten von unseren Servern zu Microsoft-Clouds wandern, dann sind sie draussen.»

Dass die Schweizer Gerichte mit dem Cloud-Zwang von Microsoft nicht glücklich sind, ist nichts Neues: Im letzten Jahr haben sich die Gerichte von Luzern und Basel-Stadt gegen die Verlagerung ihrer Daten in Microsoft-Clouds ausgesprochen. Und das Bundesgericht in Lausanne ist digital komplett unabhängig und betreibt seine Infrastruktur auf Open-Source-Komponenten.

Doch das Posting zum Netzwerkbeitritt des Gerichts gefiel nicht allen.

US-Handelskammer interveniert bei mehreren Behörden

Der Berater der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer, Alex Grossenbacher, empfand diese Entscheidung als direkten Affront gegen amerikanische Tech-Konzerne und holte in seinem Kommentar auf Linkedin zum Angriff gegen das Zürcher Obergericht aus: «Sie verlassen Ihre Rolle als neutraler Schiedsrichter und werden zum politischen Akteur.» Er bezeichnete die Tonalität als «für ein Gericht staatsrechtlich hochbrisant». Grossenbacher ging sogar so weit zu behaupten, der Kommentar von Bachmann verletze die Gewaltenteilung.

Es ist eine bemerkenswerte Situation: Ein Handelsvertreter, der amerikanische Interessen vertritt, mischt sich in die eigenständige Entscheidung des IT-Leiters eines Schweizer Gerichts ein.

Der Frontalangriff auf der Business-Plattform war jedoch nicht die einzige Intervention des Vertreters der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer. Alex Grossenbacher klopfte noch bei weiteren Städten und Kantonen an, die im Beirat des Souveränitätsnetzwerks vertreten sind.

Zum Beispiel bei der IT-Abteilung der Stadt Zürich. Der Vertreter der Handelskammer störte sich so sehr am Engagement Zürichs, dass er den Austritt der Stadt aus dem Netzwerk verlangte.

Doch nicht nur der Beiratssitz dürfte den Lobbyisten der amerikanischen Big-Tech-Konzerne gestört haben: Auch die Stadt Zürich prüft derzeit Open Desk, die erwähnte IT-Infrastruktur-Alternative aus Deutschland. Demnächst wird die IT-Abteilung einen Machbarkeitsbericht dazu publizieren, wie die Sprecherin der Zürcher IT-Abteilung gegenüber der Republik bestätigt. Derweil haben Politiker der Partei Alternative Liste bereits den Ausstieg der Stadtverwaltung aus der Microsoft-Cloud gefordert. Die Stadt Zürich gilt als eine der grössten Kritikerinnen der Produkte von Microsoft und Co., wie mehrere Insiderinnen gegenüber der Republik bestätigen.

Kein Wunder, fiel die Antwort der Stadtzürcher IT-Abteilung auf Grossenbachers Forderung kühl aus. Man habe der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer mitgeteilt, dass aktuell kein Anlass bestehe, das Netzwerk SDS zu verlassen, sagte die Sprecherin der Abteilung auf Anfrage. Es sei Standard, Marktentwicklungen zu verfolgen, technische Alternativen zu prüfen und Strategien zur Verringerung von Abhängigkeiten zu entwickeln.

Grossenbacher meldete sich auch beim Grossen Rat und bei der Geschäftsprüfungskommission von Basel-Stadt. Der Grund: Die Basler Datenschützerin sitzt ebenfalls im Beirat des Netzwerks «Souveräne Digitale Schweiz». Der Vertreter der Handelskammer forderte einen Rüffel für die Datenschützerin, wie Quellen aus dem Verwaltungsumfeld bestätigen. Bei beiden Stellen blitzte Grossenbacher mit seinem Anliegen jedoch ab; sie sind für solche Fragen schlicht nicht zuständig.

«Digitale Souveränität», ein politischer Kampfbegriff?

Alex Grossenbacher erklärt auf Anfrage der Republik ausführlich seine Gründe für die Interventionen: «Wenn leitende Beamte gleichzeitig im strategischen Beirat einer Organisation sitzen, die eine explizite industriepolitische Agenda verfolgt, entsteht ein Interessenkonflikt.» Industriepolitik müsse transparent im Parlament debattiert werden und dürfe nicht in geschlossenen Zirkeln der Verwaltung vorentschieden werden.

Beim Netzwerk «Souveräne Digitale Schweiz» geht es nach eigener Darstellung allerdings gerade darum, keine Anbieter zu bevorzugen, sondern digitale Unabhängigkeit zu fördern und einen fachlichen Austausch dazu zu ermöglichen.

Grossenbacher sieht das anders. Für ihn ist der Begriff «digitale Souveränität» ein politischer Kampfbegriff. Schliesslich würden das Netzwerk und dessen Beirat Forderungen an die Politik stellen, etwa «Public Money, Public Code». Das bedeutet sinngemäss: Wenn der Staat mit unseren Steuergeldern Software kauft oder entwickeln lässt, muss der Quellcode dieser Software öffentlich (als Open Source) zugänglich gemacht werden.

Grossenbacher nennt zwar keine Namen, doch aus seiner Stellungnahme wird klar, dass er das Netzwerk als Angriff auf amerikanische IT-Konzerne versteht. Diese halten bekanntlich wenig davon, ihre Quellcodes offenzulegen und ihren Kundinnen damit einen selbstständigen Betrieb der Technologie zu ermöglichen. Die US-Konzerne sind ausserdem für jahrelange Vendor-Lock-in-Effekte bekannt. Das bedeutet, dass Geschäftskunden hohe Kosten haben, wenn sie aus einer Microsoft-, Google- oder Amazon-Cloud aussteigen wollen. Kurz: Die Abhängigkeiten sind da sehr hoch – und das ist genau das Gegenteil von digitaler Souveränität.

Der Zorn der Tech-Konzerne gegen den Professor

Das Wirken von Professor und Netzwerkinitiator Matthias Stürmer ist offenbar nicht nur der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer ein Dorn im Auge. Sein Engagement für mehr digitale Unabhängigkeit macht offenbar auch die amerikanischen Big-Tech-Firmen nervös: Sie haben ebenfalls zu einer grossen Gegenkampagne angesetzt.

Der gut vernetzte Stürmer ist nämlich auch Co-Geschäftsleiter von Parldigi, der Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit. Diese gilt als wichtigstes Organ für digitalpolitische Anliegen im Bundesparlament. Sie wird präsidiert von den Nationalratsmitgliedern Franz Grüter (SVP) und Min Li Marti (SP), viele weitere Parlamentarierinnen sind Mitglieder. Stürmer organisiert gemeinsam mit seinem Team regelmässig Events rund um das Thema Open Source und digitale Unabhängigkeit – und bewirkt damit auch bei vielen Politikern ein Umdenken.

Träger von Parldigi ist unter anderem der Verband Digitalswitzerland, dem Non-Profit-Organisationen und IT-KMU angehören, aber auch Big-Tech-Firmen wie Meta und Google. Vor ein paar Monaten aber hatten sich Vertreter von Big-Tech-Firmen über Matthias Stürmer beschwert und den Austritt von Digitalswitzerland aus Parldigi gefordert, wie zwei Insider unabhängig voneinander bestätigten. Die Big-Tech-Vertreterinnen erachten Stürmers Aktivitäten als direkten Angriff auf ihr Geschäftsmodell. Die Geschäftsführerin von Digitalswitzerland kommentierte den Fall auf Anfrage nicht. Sie bestätigte aber, dass Digitalswitzerland noch immer Träger von Parldigi sei.

Big-Tech-Konzerne wollen nicht für Inhalte haften

Erfolgreicher sind die Tech-Konzerne im IT-Wirtschaftsverband Swico. Dort entwirft eine Arbeitsgruppe derzeit die Vernehmlassungsantwort zum Plattformgesetz, dem Schweizer Pendant zum «Digital Services Act» der EU. Dabei geht es um die Regulierung von Plattformen und Suchmaschinen. Die Massnahmen gegen Hassreden und die Rechte von Nutzerinnen sollen mit dem Gesetz gestärkt werden.

Doch von mehr Verpflichtungen für die Betreiber will die Mehrheit der Arbeitsgruppe des Verbands nichts wissen. Kein Wunder: Sie besteht fast ausschliesslich aus Big-Tech-Vertretern, unter ihnen Anwältinnen oder Legal Counsels von Microsoft, Google und Tiktok. Das zeigte sich bereits an ihrer ersten Sitzung im letzten Dezember. Die IT-Konzerne setzten den Ton für eine erste Auslegeordnung, wie ein internes Memo zeigt, das der Republik vorliegt: Es sei positiv, dass die Schweiz nicht alle Elemente des

europäischen «Digital Services Act» übernehme. Die Big-Tech-Unternehmen täten bereits genug gegen Hassreden. Meldeverfahren für Nutzerinnen existierten bereits. Und: «Die entsprechende Pflichtenausweitung wird grundsätzlich kritisch beurteilt.»

Ganz zuoberst auf der Wunschliste der Big-Tech-Vertreter steht gemäss Insidern das sogenannte Haftungsprivileg, das in den USA gilt. Dieses besagt, dass Plattformen grundsätzlich nicht für die Inhalte ihrer Nutzer haften. Der Bund hatte dieses Privileg in der Plattformregulierung ursprünglich vorgesehen, wie ein internes Dokument aus dem Jahr 2024 zeigt.

In der aktuellen Fassung wurde es jedoch gestrichen. Aus gutem Grund: Der Bundesrat will mit dem Plattformgesetz nämlich das Gegenteil erreichen, indem verbindlich geregelt wird, wie Plattformen bei Kenntnis von illegalen Inhalten vorgehen müssen – und wie sie sanktioniert werden, wenn sie nichts dagegen unternehmen.

Swico vertritt als klassischer IT-Wirtschaftsverband traditionell eine unternehmensfreundliche Position. Doch seine wichtigsten Klientinnen – die Schweizer IT-KMU, die Nutzer der Plattformen sind – fehlen in der Arbeitsgruppe weitgehend. Für sie können Inhalte, die als üble Nachrede eingestuft werden, etwa in Bewertungen auf Google Maps, geschäftsschädigend wirken. Auf die Frage, warum die Arbeitsgruppe so einseitig besetzt sei, antwortete Swico nicht. Der Verband erklärte aber, dass die Teilnahme an Arbeitsgruppen grundsätzlich allen offenstehe. Seine Vernehmlassungsantwort zum Plattformgesetz hat er bis jetzt nicht publiziert.

Indirekter Ausschluss von US-Konzernen

Die Bemühungen der Big-Tech-Lobbyisten sind die Antwort auf eine mögliche Trendwende bei den Behörden. Immer mehr Microsoft-Kundinnen der öffentlichen Hand stellen nämlich kritische Fragen, wie die Republik aus Gesprächen weiss. Einerseits geht es dabei um die Verschlüsselung und den Zugriff auf Daten, andererseits um einen sogenannten Kill Switch. Das ist die Gefahr, dass eine US-Behörde den Zugriff der Schweizer Behörden auf eigene sensible Daten (etwa im Sozialversicherungs- oder Gesundheitsbereich) plötzlich kappt.

Auch aus diesen Gründen haben Schweizer Behörden damit begonnen, bei Ausschreibungen amerikanische IT-Konzerne indirekt auszuschliessen. Zum Beispiel möchte der Kanton Zürich ein KI-System für die Verwaltung beschaffen. Voraus-

setzung ist, dass der künftige Lieferant nicht Überwachungsgesetzen wie dem US-amerikanischen Cloud Act unterstellt ist, wie aus den entsprechenden Ausschreibungsunterlagen auf der Beschaffungsplattform Intelliprocure hervorgeht. Andere Behörden gehen bei ihren Ausschreibungen ähnlich vor.

Auch in Bundesfern dreht sich derzeit der Wind.

Zwar scheint der Bundesrat trotz Drohungen aus Washington keine Eile zu haben, sich digital souveräner aufzustellen, wie der Bericht «Strategie Digitale Souveränität» zeigt. Darin schreibt das federführende Aussendepartement, dass der Bund in einer inter-departementalen Arbeitsgruppe die Risiken im Bereich Software und Hardware bis 2027 analysiert.

So machen Sie sich selbst unabhängig von Big Tech



Das Problem ist augenscheinlich. Zeit, etwas zu unternehmen. In unserem Newsletter «Bye-bye Big Tech» zeigen wir Ihnen in 5 Teilen in 5 Wochen, wie Sie digital unabhängiger werden – ohne auf Komfort zu verzichten. Jede Woche widmen wir uns einem Bereich Ihres digitalen Alltags, mit klaren Empfehlungen und einfachen Anleitungen zum Umstieg.

[Jetzt anmelden oder weiterempfehlen](#)

Ganz anders wiederum die Bundeskanzlei, die für die digitale Transformation der Bundesverwaltung insgesamt zuständig ist. Sie erklärt die digitale Souveränität zu einem Schwerpunktthema 2026 und testet – ähnlich wie die Stadt Zürich und auf Druck der Politik – die deutsche Alternative Open Desk.

Auch die Finanzkommission des Nationalrats hat im November 10 Millionen Franken für die Armee beantragt, damit diese möglichst rasch Alternativen zu Microsoft ausprobieren kann. Das geschah kurz nachdem die Republik einen internen Brief des

abtretenden Armeechefs Thomas Süssli publik gemacht hatte, in dem dieser Microsoft heftig kritisierte.

Ebenfalls im letzten November gab Privatim, der Verein der Schweizer Datenschützerinnen, eine dringliche Empfehlung heraus: Bund und Kantone sollen amerikanische Cloud-Dienste nur nutzen, wenn sie die Daten eigenständig verschlüsseln und die Cloud-Betreiber keinen Zugriff darauf haben.

All das zeigt: US-Konzerne, ihre Vertreter und ihre Lobbyistinnen reagieren auf das neue Bewusstsein bei Bund, Kantonen und Städten. Und mobilisieren auf allen Kanälen für ihre Interessen.

Spannend wird deshalb nicht zuletzt das Tauziehen bei der kommenden Swiss-Government-Cloud-Ausschreibung des Bundes, die das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation im Februar starten will.